

EDITORIAL

Auf die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands folgte in den Westzonen der Aufbau einer Demokratie nach westlichem Zuschnitt, über deren Charakter bis zum heutigen Tag mit kaum nachlassender Heftigkeit gestritten wird. Was die einen als "Befreiung" werten, ist für andere "Besatzung", "Zusammenbruch" oder "Niederlage". Dieser Streit hatte und hat gerade in Westdeutschland gute Gründe, da in die Konstitution der auf den Nationalsozialismus folgenden westdeutschen Republik von außen, in ihre Grundlegung als weitgehend "verordnete Demokratie" (Theo Pirker) die unterschiedlichsten Erfahrungen eingingen. Die Inhaftierten der Konzentrationslager waren befreit worden, während die Angehörigen der deutschen Wehrmacht und weite Teile der Bevölkerung wohl überwiegend einen (nicht nur militärischen) Zusammenbruch erlebten und sich als "Besiegte" fühlten. Bis in die Sozialwissenschaften hinein führte der von unterschiedlichen subjektiven Erfahrungen geprägte Blick auf das Ende des nationalsozialistischen Deutschlands zu einer unterschiedlichen Kennzeichnung der neu entstehenden westdeutschen Demokratie. Es sollte zweieinhalb Jahrzehnte dauern, bis mit Willy Brandt ein Exponent der doch recht kleinen Minderheit von Widerständigen und Opfern des Nationalsozialismus in die Führungsposition dieser Republik rückte. Mit dem Regierungswechsel hatte die von einigen Beobachtern mißtrauisch beäugte "Bonner Republik" auch in deren Augen ihre "Feuertaufe" bestanden.

Auch nach dem Ende der DDR und der darauf folgenden Vereinigung setzte eine - derzeit erst am Anfang befindliche - Kontroverse um den Charakter des vereinten Deutschlands ein, das - freilich nicht unwiderrspochen - als "Berliner Republik" be-

zeichnet wird. Hat der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik tatsächlich zu Veränderungen geführt, die eine neue Klassifizierung rechtfertigen? Die Beantwortung dieser Frage hängt wesentlich davon ab, wie das Ende der DDR bewertet wird. Hier lauten die umstrittenen Begriffe "Revolution", "Wende", "Zusammenbruch", "Beitritt", "Kolonisierung" oder "Implosion".

Wieder sind es sehr verschiedene Erfahrungen, die den Blick auf den Konstitutionsprozeß der neuen Republik prägen. Mit der "Bonner" scheint die "Berliner Republik" das Schicksal zu teilen, daß es keine konsenshafte Deutung des Gründungsaktes gibt bzw. geben kann. Wohl aber gibt es historische Tatsachen, die nicht verdrängt werden dürfen. Acht Jahre nach dem Herbst 1989 haben wir uns deshalb bemüht, markante Stellungnahmen zum Charakter des Umbruchs in der DDR zusammenzutragen. Zweifelsohne ist dies nur ein Aspekt in der Diskussion um die Grundlegung der "Berliner Republik" und wahrscheinlich noch nicht einmal der wichtigste, aber er bewegt die Gemüter vor allem deshalb, weil die verschiedenen Akteure sich selbst eine geschichtsmächtige Rolle zuschreiben.

Gerhard Wettig erläutert, wie und warum er das Ende der DDR als eine Folge "imperialen Zusammenbruchs" versteht. Längst vor 1989 sei die DDR am Ende gewesen. *Stefan Wolle* dagegen erläutert am Beispiel der kleinen Brandenburger Ortschaft Fredersdorf, aufgrund welcher Erfahrungen Bürger der DDR durchaus den Eindruck einer "gestohlenen Revolution" haben konnten. *Michael Richter* dagegen hebt die nationalen Aspekte der Revolution in der DDR als die wesentlichen hervor und weist die Argumentation von der "Wende in der Wende" zurück. *Ehrhard Neubert* überdenkt und modifiziert seine These von der "protestantischen Revolution". Nicht nur die Opposition in der DDR, auch ihr Um-

bruch sei vorwiegend von "Protestanten" bewerkstelligt worden.

Da ein bereits zugesagter Beitrag aus der links-alternativen Szene des Prenzlauer Berges kurz vor Redaktionsschluß leider abgesagt wurde, interviewte Bernd Rabehl einen der damaligen Aktivisten, das Gründungsmitglied der Grünen Partei in der DDR, *Carlo Jordan*. Auch er vermutet einen besonderen Charakter dieser Revolution. Opposition und Bevölkerung hätten - so sein Fazit - die Kader nicht einfach durch Eliten ersetzen wollen.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Schwerpunkt gab eine Kontroverse im Forschungsverbund selbst, die hier ebenfalls dokumentiert wird. *Martin Jander* und *Klaus Schroeder* interpretierten das Ende der DDR nicht als Ergebnis einer Revolution. Die "Chronologie der Ereignisse" zeige vielmehr, daß Opposition und Mehrheitsbevölkerung nicht dieselben Ziele vertraten, da die einen eine reformierte DDR und die anderen die Übertragung des westdeutschen Modells wünschten. Der konstitutive Akt der Republikgründung bestehe daher aus einer Systemübertragung und sei nicht Ergebnis einer Revolution.

Jochen Staadt zieht Parallelen zwischen 1918 und 1989 und wertet diese Ereignisse als gelungene Revolutionen. Ideale Revolutionen habe es immer nur in den Köpfen von (Links-)Intellektuellen gegeben, die Demonstranten in Leipzig oder anderswo wurden "durch naives und vom gesunden Menschenverstand geleitetes öffentliches Handeln" geleitet und führten damit einen revolutionären Systemwechsel herbei. Auch *Bernd Rabehl* kritisiert ideologisierende und theoretische Vorstellungen von Revolution. *Jander* und *Schroeder* idealisierten nach seiner Meinung die amerikanische Demokratie als Vorbild und legten damit eine falsche Meßlatte für die Beurteilung der DDR-Opposition. *Manfred Wilke* kritisiert gleichfalls die These der Sy-

stemübertragung und berichtet in einem Interview, warum sich die Enquete-Kommission des Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur" für den Begriff der friedlichen Revolution entschieden hat. *Christian Sachse* hält aus eigenem Erleben weder "Revolution" noch "Zusammenbruch" für angemessene Begriffe. Er vermutet, daß es sich um eine "Revolution neuen Typs" handelte.

Neben dem Schwerpunktthema haben wir weitere Beiträge in dieses Heft aufgenommen. *Karl Corino* kritisiert einen in der Zeitschrift "Sinn und Form" erschienenen beschönigenden Nachruf auf *Stephan Hermlin*. *Sinn und Form* hat den Abdruck dieses Artikels von *Corino* abgelehnt. *Matthias Manrique* analysiert am Beispiel der Eingaben zu den ökumenischen Versammlungen in der DDR 1988/89 wichtige Aspekte von Alltagserfahrungen in der DDR. *Almut E. Körting* untersucht den Zusammenhang zwischen der Erziehung zum Haß in der DDR und die Begründung für Mordaufträge seitens des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie präsentiert in dieser Zeitschrift darüber hinaus zum ersten Mal einen Mordplan des Ministeriums, der traurige Realität wurde.

Inzwischen liegt auch der Bericht der Evaluierungskommission vor, die die Arbeit des Forschungsverbundes SED-Staat begutachtet hat. Die Professoren *Hans Günter Hockerts* (München), *Wolfgang Schuller* (Konstanz), *Uwe Thaysen* (Hamburg) sowie *Dr. Karl Wilhelm Fricke* (Köln) bewerten den Forschungsverbund "als einen Zusammenschluß von bemerkenswerter Energie, Organisationskraft und Produktivität". Seine Erfolge beim Einwerben von Drittmitteln und das hohe wissenschaftliche Niveau seiner Forschungsleistungen werden "in der Summe eindeutig positiv" bewertet. Nach Meinung der Evaluierungskommission hat "der Verbund die Erforschung und historische Einord-

nung von Geschichte und Transformation des SED-Staates auf gediegen-quellengestützte, originelle und vielfältige Weise vorangebracht". Die Kommission hat daher sowohl der Universität als auch dem Land Berlin die weitere Förderung des Forschungsverbundes SED-Staat für einen Zeitraum von wiederum fünf Jahren empfohlen. Der Präsident der Freien Universität, Prof. Dr. Johann W. Gerlach, ist inzwischen dieser Empfehlung gefolgt und hat die Fortsetzung der Arbeit des Forschungsverbundes für fünf weitere Jahre zugesagt. Wir hoffen, daß wir diesem Lob - allen Kritikern zum Trotz - auch in den nächsten fünf Jahren gerecht werden können. (Der Bericht der Evaluationskommission kann bei der Pressestelle der FU - Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin - angefordert werden).

Für die Redaktion

Martin Jander/Klaus Schroeder

FEHLER:

Auf Seite 2 unserer Zeitschrift hat sich im Editorial ein gravierender Fehler eingeschlichen. Dort wird behauptet, der ab Seite 141 abgedruckte Mordplan des Ministeriums für Staatssicherheit sei „traurige Realität geworden“. Dies ist falsch. Herr Thurow lebt.

Als wir den Fehler bemerkten, war die Zeitschrift jedoch schon im Druck. So können wir unsere Leser nur auf diesem Weg um Entschuldigung bitten.

Die Redaktion